



Dies ist eine Leseprobe von Klett-Cotta. Dieses Buch und unser gesamtes Programm finden Sie unter [www.klett-cotta.de](http://www.klett-cotta.de)

Ralf Zerback

# TRIUMPH DER GEWALT

Drei deutsche Jahre 1932 bis 1934

Klett-Cotta

Klett-Cotta  
www.klett-cotta.de  
©2022 by J.G.Cotta'sche Buchhandlung  
Nachfolger GmbH, gegr. 1659, Stuttgart  
Alle Rechte vorbehalten  
Cover: Rothfos & Gabler, Hamburg  
unter Verwendung einer Abbildung von  
© ullstein bild – Heinz Fremke  
Gesetzt von C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen  
Gedruckt und gebunden von GGP Media GmbH, Pößneck  
ISBN 978-3-608-98648-8  
E-Book ISBN 978-3-608-11946-6

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar

# Inhalt

## EINLEITUNG 7

### EIN GEBILDE AUS GLAS 11

*Brünings Sparpolitik 12 – Alternativen 15 – Die Reparationen 18 – Brünings Machtsystem 21 – Der Zeitgeist weht rechts 24 – Die NS-Bewegung 27 – Die Reichspräsidentenwahl 33 – Der Vormarsch der Nazis 40 – Die Hindenburg-Kamarilla 42 – Brünings Ende 44*

## EXKURS: GEWALT UND ERMÜDUNG 53

### HERR OHNE UNTERBAU 65

*Papen und sein Kabinett 66 – Hitler contra Schleicher 68 – Die Konferenz von Lausanne 69 – Wahlkampf 71 – Staatsstreich gegen Preußen 72 – Wahlen 81 – Die Nazis drängen an die Macht 85 – Potempa 88 – Ein trauriger Tag 90 – Sachpolitik 92 – Reichstagsitzung 95 – Papens Programm und Preußen-Urteil 98 – Erneuter Wahlkampf und Machtoptionen 101 – Links und rechts 103 – BVG-Streik und Wahlen 106 – Machtverlust und Sturz Papens 109*

## INTRIGE GEGEN DEN INTRIGANTEN 117

*Kurt von Schleicher 118 – Gregor Straßer 120 – Papen kommt wieder ins Spiel 122 – Die Not der NSDAP und die Wahlen in Lippe 123 – Schlägerei im Reichstag 125 – Hitler, Papen und die Wirtschaft 126 – Schleichers Ende 128*

## FESTHALTEN 133

*Beginn und versuchte Zähmung der NS-Herrschaft 134 – Herrschaftssicherung 137 – Die Linke und die NS-Herrschaft 143 – Reichstagsbrand und Staatsterror 146 – Wahlkampf 151 – Ein knapper Sieg der Koalition 154 – Der Tag von Potsdam 157 – Hitlers erstes Kabinett 162 – Das Ermächtigungsgesetz 164 – Die Zustimmung der Bürgerlichen 168*

**WIR BRAUCHEN WAHRHAFTIG NICHT  
UMZUFALLEN 171**

*Die Entmachtung der Länder 172 – Konzentrationslager 178 –  
Judenboykott 181 – Der Erste Mai 185 – Verfolgung und  
Emigration 190 – Hitlers »Friedensrede« 196 – Das Ende der  
Parteien 199*

**EXKURS: VON DER HEISSEN ZUR  
KALTEN GEWALT 207**

**EINE MASSLOSE PROPAGANDA 215**

*»Revolution« 216 – Das Reichskonkordat 218 – Arbeitslosigkeit 220 –  
Autobahn 224 – Kulturpolitik 225 – »Wahlen« 232*

**BIS AUF DAS ROHE FLEISCH 239**

*Reichsreform 240 – Staat ohne Verfassung 244 – Betriebs-  
verfassung 245 – Außenpolitik 248 – Innere Debatten 249 – Krise im  
Frühjahr 1934 254 – Papens Marburger Rede 257 – NS-interne  
Fronten 260 – Der »Röhmputsch« 262 – Hindenburgs Tod 270*

**SCHLUSSBETRACHTUNG 275**

Dank 281

Literaturverzeichnis 282

Bildnachweis 291

Anmerkungen 292

Namenregister 314

30. JANUAR 1933: Das neue Kabinett tritt zusammen. Kanzler Hitler fasst den sich nähernden Vizekanzler von Papen sanft am Arm und geleitet ihn zum Platz, an dem sich die Regierung für die Kameras präsentieren soll. Drei Stühle sind aufgereiht, die übrigen Kabinettsmitglieder stehen in zweiter Reihe. Hitler steuert, hinter Papen gehend, auf den mittleren Stuhl zu; er macht Anstalten sich zu setzen, bietet zugleich Papen den Platz zu seiner Linken an, zögert kurz, da sich Papen nicht setzt, nimmt dann aber doch seinen Platz ein. Irritiert blickt Hitler auf Papen, der beharrlich stehen bleibt. Hitler folgt Papens Blick, der über ihn hinweg den eintretenden Hugenberg ins Visier nimmt, den Chef der Koalitionspartei DNVP, den Vertreter der Nationalkonservativen. Hugenberg geht steifen Schritts und wortlos vor dem sitzenden Hitler vorbei und wird dann herzlich von Papen begrüßt. Hitler blickt wütend in Hugenburgs Richtung, während Papen lächelnd mit Hugenberg spricht, noch immer neben Hitler stehend. Hugenberg geht um Papen herum in die zweite Reihe, wo er sich (von ihm aus gesehen) links außen positioniert, schräg hinter Papen, der ihm kurz seinen eigenen Platz anbietet. Alles blickt zu Hugenberg, denn der Platz zur Rechten von Hitler war offenbar für ihn freigehalten worden. Weigert er sich, neben dem verabscheuten Rivalen Hitler zu sitzen? Statt seiner nimmt Göring dort jetzt Platz.

Zwei Dinge an diesem Filmdokument sind bemerkenswert. Beide betreffen das Verhältnis zwischen den Koalitionspartnern NSDAP und DNVP. Zum Ersten die Feindseligkeit, die vor allem in Hitlers Blick auf Hugenberg und in dem Ignorieren Hitlers durch Hugenberg zutage tritt. Es wird zwischen den Partnern Probleme geben, signalisieren diese Szenen. Zum Zweiten die ungewöhnliche Tatsache, dass Göring statt Hugenberg in der ersten Reihe Platz nimmt, obwohl er nur ein Ministerium

ohne Portefeuille hat, dazu das preußische Innenministerium, während Hugenberg zwei Reichs- und zwei preußische Ressorts verantwortet und zudem Parteivorsitzender ist. Das Bild ist deshalb von tiefer Symbolkraft, weil die Nationalkonservativen um Papen und Hugenberg die Nazis, voran Hitler, »einrahmen«, das heißt durch ihr Übergewicht in der Regierung die NS-Vertreter neutralisieren wollen. Nicht einmal in der Aufstellung des Kabinetts für die Fotografen gelingt dies, so ließe sich die Szene deuten.

Zwar ist der 30. Januar unzweifelhaft ein wichtiges Datum. Doch beides, der »Blick« und der »Rahmen«, verdeutlichen symbolhaft: Die Entscheidung, wer wirklich die Macht hat, steht noch aus. Sind es die Nationalsozialisten mit dem Kanzleramt im Rücken oder die Nationalkonservativen mit der festen Absicht, Hitler bezähmen zu wollen? Anders gewendet: Bei der Frage, wie Hitler und die Nazis an die Macht kamen, ist die Zeit vor *und* nach dem besagten Datum von Interesse. Am 30. Januar war noch nichts entschieden. Das vorliegende Buch folgt dieser Tatsache und umspannt den Zeitraum von 1932 bis 1934. Es soll untersuchen, wie die sogenannte Machtergreifung vonstatten ging.

Geschichtsschreibung ohne Zäsuren ist undenkbar. Die Einteilung nach Epochen erfolgt mit Hilfe mehr oder minder scharfer Grenzen, auch wenn dies immer wieder zu Kritik im Einzelnen geführt hat, am prominentesten etwa bei den Epochenscheiden Antike – Mittelalter und Mittelalter – Neuzeit. Aber letztlich bleibt es bei der Idee, dass Geschichte sich sinnvoll in Zeitabschnitte aufteilen lässt. Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts kennt viele Zäsuren: 1914, 1918, 1933, 1939, 1945, 1949, 1968, 1989/90.

Bevorzugtes Modell von Darstellungen und Handbüchern ist die Begrenzung des präsentierten Zeitraums durch die Zäsu-

ren, also etwa eine Geschichte Weimars von 1918 bis 1933. Im vorliegenden Buch soll anders verfahren werden. Etliche Zeitgenossen sahen den 30. Januar 1933 nicht als derart einschneidend an, wie ihm dies rückblickend zugeschrieben wurde. War die Regierung Hitler nicht eine der vielen Kanzlerschaften der Weimarer Republik? Waren nicht die Nationalkonservativen dominierend gegenüber den Nationalsozialisten? War es demzufolge nicht lediglich eine Fortsetzung der autoritären Präsidialregime?

Erst der Verlauf der folgenden Monate, letztlich erst der Zeitraum bis zum Tod Hindenburgs, gaben Aufschluss über den Charakter des Einschnitts vom 30. Januar. Mit dem Tod des Reichspräsidenten ist der Endpunkt der vorliegenden Darstellung markiert. Scheinbar willkürlich setzt sie mit dem Jahresbeginn 1932 ein. Doch dieses – besonders turbulente – Jahr soll exemplarisch die Phase der Präsidialherrschaft ins Licht rücken, die bereits 1930 mit der Machtübernahme Brünings begann.

*In der jetzigen Wirtschaftskrise ist das zahlreiche Elend unverkäuflich geworden wie brasilianischer Kaffee oder kanadischer Weizen. Kaffee lässt sich ins Meer schütten, Weizen verbrennen. Was Elend anbelangt, so haben wir noch keinen Krieg, der beides besorgt.* (Ernst Bloch)

## Brünings Sparpolitik

AM 1. JANUAR 1932 blickt die *Vossische Zeitung* zurück auf ein »Jahr des Unheils« und bilanziert »Katastrophen und Verfall«.<sup>1</sup> Pflichtgemäß zeigt sich der Redakteur hoffnungsfröhlich für 1932. Doch das neue Jahr wird nicht besser werden, es wird noch zappeliger sein als 1931, noch bizarrer und wirrer. Die Republik wird in einen Strudel geraten, und die Deutschen werden in einer Depression versinken.

Ohne Hoffnung richten sie den Blick zur Wilhelmstraße 77 in Berlin, zur Reichskanzlei. Im Palais Schulenburg, einem schmucken Bau aus dem 18. Jahrhundert, regiert seit eindreiviertel Jahren Heinrich Brüning von der katholischen Zentrumspartei. Der Reichskanzler ist ein stiller, in sich gekehrter Mann, kein Schreihals, anders als jene Politiker, die mehr und mehr die Szene bestimmen; er gilt als »völlig unkorrupt« und »bemerkenswert selbstlos«.<sup>2</sup>

Ein Mann der Pflicht, der Arbeit, gewissenhaft, rechtschaffen, ein wenig ärmelschonerhaft, mit Biedersinn und »franziskanischen Tugenden«.<sup>3</sup> Sein glattes Gesicht strahlt eine dezente Neutralität aus mit einem Einschlag ins Bittere. Der Parteidirektor Heinrich Köhler wird sich später erinnern: »Man sah

ihn mit der Mappe in der Hand, bald hier, bald dort erscheinend und ebenso rasch wieder verschwindend (...)<sup>4</sup> Ein leiser Mann in einem lauten Reich.

Heinrich Brüning spult sein Programm ab. In der Außenpolitik will er, was alle Politiker wollen, von links bis rechts: Feseln lockern. Fesseln, die der Versailler Vertrag dem Deutschen Reich nach dem verlorenen Krieg angelegt hat. Dazu gehören milliardenschwere Reparationszahlungen, die Deutschland an die Kriegsgegner entrichten soll. Brüning will sie streichen. Zugleich kämpft er um die militärische Gleichberechtigung Deutschlands; der Versailler Vertrag hat Deutschland eine strenge Abrüstung verordnet.

Seine Innenpolitik ist vor allem Finanzpolitik und die kennt drei Programmpunkte: sparen, sparen, sparen. Brüning handelt »wie ein Haushaltsexperte«.<sup>5</sup> Niedrige Preise und Löhne sollen Deutschland konkurrenzfähig machen, der Export soll so angekurbelt werden. Der Haushalt soll solide finanziert sein, Schulden gelten als unseriös, schädlich, als Gift, das den Staatskörper in die Fäulnis treibt. Sparen ist des Kanzlers Herzenssache. Für den neuen Anbau der Reichskanzlei, der 1930 fertiggestellt wird, erbittet er Möbelpenden von den deutschen Ländern. Er leidet, wie alle Deutschen, an einem Trauma: dem Trauma der Mega-Inflation von 1923, jenem Jahr, als selbst Billionenscheine nichts mehr wert waren. Nie wieder, so denkt Brüning über jenes Jahr. So denken die meisten Deutschen. Eigentlich.

Und doch stöhnen sie unter der Last. Die Regierung Brüning erhöht die Steuern und senkt die Sozialleistungen. Lohn- und Einkommensteuern steigen, Umsatz-, Kraftfahrzeug-, Zucker-, Tabak-, Biersteuern. Beim Erfinden neuer Steuern ist der Staat kreativ. Brüning führt Getränke- und Mineralwassersteuern ein, ja eine »Krisensteuer«, die die Not der Arbeitslosen lindern soll; hinzu kommen allerlei »Sonderabgaben«.

Reich, Länder und Gemeinden kürzen ihre Ausgaben, überall herrscht ein strenges Sparregiment. Seit Oktober 1931 dürfen überhaupt keine öffentlichen Gebäude mehr errichtet werden, dabei liegt die Baubranche ohnehin schon am Boden. Der öffentliche Dienst wird kleiner, Personal eingespart. Wer noch eine Stelle hat, muss empfindliche Kürzungen hinnehmen. Die Deutschen machen es wie der Staat, geben kein Geld mehr aus, dies drückt die Konjunktur weiter, immer mehr Menschen werden entlassen.

Brüning ist nicht schuld an der Wirtschaftskrise, die seit 1929 die Volkswirtschaften rund um den Globus erschüttert. Aber seine Politik federt nicht ab. Sie stimuliert nicht. Sie verstärkt die Krise, ist »prozyklisch«, wie die Ökonomen sagen. Ein böses Wort geht um in Deutschland: »Hungerkanzler«. Wenn Brüning im Reichstag den »lähmenden Pessimismus« beklagt,<sup>6</sup> muss dies vielen wie Hohn erscheinen. Deutschland ist das schwächste Glied in der großen weltweiten Krise, wie schon Zeitgenossen wissen.<sup>7</sup> Die Zahl der Arbeitslosen im Deutschen Reich explodiert zwischen 1928 und 1932 von 1,4 auf 5,6 Millionen. Das Bruttonsozialprodukt sinkt im gleichen Zeitraum von 88,6 Milliarden auf 55,9 Milliarden Reichsmark. Die Investitionen sacken um fast zwei Drittel ab.<sup>8</sup>

Keine zehn Jahre nach der Hyper-Inflation erleben die Deutschen eine Hyper-Deflation. Es fühlt sich ganz ähnlich an: Hunger, keine Perspektive. Konnte man sich 1923 für Unmengen Geld nichts kaufen, fehlt es nun überall an Barem. »Heute ist die Ware nichts, das Geld ist alles«, schreibt die *Vossische Zeitung* im April 1932: »Es gibt nur noch ein Gesetz: verkaufen.«<sup>9</sup> Der Schriftsteller Hermann Kesten streift durch den Wedding, das Berliner Arbeiterviertel: »Der Straßenhandel ist ungeheuer. Man kann Pfeffer auf der Straße kaufen, Würste, Arbeitslose, Orangen, Krawatten.«<sup>10</sup> Dem amerikanischen Journalisten Hu-

bert R. Knickerbocker fällt auf, dass sich die Berliner nicht mal mehr ihr Bier in der Kneipe leisten können.<sup>11</sup>

## Alternativen

Soll Brüning Geld ausgeben, Schulden machen? Der Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt vertritt die These, Brüning habe keine Wahl gehabt: Auslandskredite waren nicht zu haben, eine innere Geldschöpfung nicht denkbar, hinzu kam die Inflationsfurcht – kurz: Brünings Handlungsspielräume seien viel enger gewesen als dies im Nachhinein postuliert wird. Tatsächlich mag ein heutiger »rückwärtsgewandter Problemlösungsoptimismus«<sup>12</sup> (Borchardt) rechthaberisch klingen.

Aber bereits viele Zeitgenossen entwickeln Alternativen. Die Theorien dazu sind da, es sind frische, junge, ungewohnte Ideen. Erst 1930 hat der geniale britische Ökonom John Maynard Keynes sein Werk *A Treatise on Money* publiziert. Keynes warnt: Wird mehr gespart als investiert, kommt die Rezession. Auch bis Deutschland ist die Botschaft gedrungen, und einzelne Stimmen außerhalb des Chors der Sparwütigen fordern das Ende der Deflationspolitik. Volkswirte, vor allem die jüngeren, Gewerkschafter, ja ein Teil der Industrie<sup>13</sup> wollen die Wende. Allein bei den zuständigen Reichsstellen gehen in dieser Zeit tausende Vorschläge ein, die eine Kreditexpansion empfehlen.<sup>14</sup>

Sogar Brüning trifft sich Anfang 1932 mit Keynes – ohne Folgen.<sup>15</sup> Das Gros der Volkswirtschaftler hängt der orthodoxen Idee an, dass privates Sparen Raum für Investitionen schafft. Dagegen schlägt der linksliberale Publizist Leopold Schwarzschild im Juni 1931 in einem fein ausgeklügelten Programm unter anderem eine Kreditausweitung in Höhe von acht Prozent des Bruttonationaleinkommens vor. Die Produktion von

Konsumgütern soll angeregt, die Kaufkraft gesteigert werden. Die Mark wäre von der Bindung an das Gold gelöst worden, die zu erwartende Abwertung der heimischen Währung hätte den Export ankurbeln sollen. Den Artikel überschreibt Schwarzschild mit: »Die Notverordnung, die nicht kam«.<sup>16</sup> Schwarzschild ist kein ökonomischer Laie. Er entstammt einer Händlerfamilie und hat Volkswirtschaft, Geschichte und Soziologie studiert.

Eine publizistische Offensive gegen die Deflationspolitik startet auch der Politiker und Gewerkschafter Anton Erkelenz, ein zur Sozialdemokratie konvertierter (Links-)Liberaler. Erkelenz geißelt den »Wahn der Deflation« als »Weg der Kurzsichtigkeit«.<sup>17</sup> Das »Übel eines stark steigenden Geldwertes« sei nicht geringer als »die Pest eines sinkenden Geldwertes«, so versucht er in einem Artikel Deflation und Inflation als gleich große Gefahren darzustellen. Erkelenz gehört zur kleinen Schar derer, die die Schriften Keynes' kennen. »Ein solcher sinnloser Kapitalismus gräbt sich sein eigenes Grab«, schreibt er im Dezember 1931 an einen Bekannten.<sup>18</sup>

Sogar in Brünings Regierung sitzen halbe Keynesianer. Einer von ihnen ist Hans Warmbold, einst Vorstand des Chemie-giganten I.G.Farben, bevor er im Oktober 1931 Wirtschaftsminister wurde. Warmbold warnt, mahnt, orakelt: wenigstens etwas mehr Ausgaben, eine milde Drosselung des Sparwahns. Er schlägt eine Kreditschöpfung von zwei Milliarden Reichsmark vor, ein sehr bescheidenes Unterfangen, nach heutiger Kaufkraft rund acht Milliarden Euro.

Er wird nicht gehört. Als am 8. Dezember 1931 per Verordnung nochmals Gehälter gekürzt und Preise gesenkt werden sollen, verweigert Warmbold die Unterschrift. Auch dies vergebens. Dabei steht Warmbold keineswegs allein im Kabinett. Auch Finanzminister Hermann Dietrich und Arbeitsminister Adam Stegerwald zeigen sich zunehmend entsetzt von der Ab-

wärtsspirale.<sup>19</sup> 1931 hat Wilhelm Lautenbach, Referent im Wirtschaftsministerium eine milliardenschwere Kreditexpansion vorgeschlagen.

Anfang 1932 empfiehlt Ernst Wagemann, ein Schwager Warmbolds und Chef des Reichsstatistikamts, eine partielle Aufhebung der Golddeckung, um Mittel für eine Konjunkturankurbelung zu schaffen.<sup>20</sup> Der Wirtschaftsexperte Vladimir Woytinsky entwickelt gemeinsam mit den Gewerkschaftern Fritz Tarnow und Fritz Baade im April 1932 für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) unter dem Rubrum eines »Arbeitsbeschaffungsprogramms« den Plan für eine expansive Wirtschaftspolitik.<sup>21</sup> Öffentliche und die Förderung privater Aufträge sollen aus der Krise führen. Es ist ein Gewitter an Vorschlägen und Gutachten. Sie alle dringen nicht durch. Ende April tritt der enttäuschte Warmbold zurück, nach knapp sieben Monaten im Amt.

Brüning ist bei weitem nicht der schärfste Falke. Mehr noch fährt Reichsbankpräsident Hans Luther einen Kurs der knappen Kassen. Selbst Brüning klagt in seinen Memoiren, dass eine bescheidene zusätzliche Finanzierung am Widerstand Luthers gescheitert sei.<sup>22</sup> Der studierte Jurist Luther hat sich zum Finanzexperten gebildet, ist aber auch ein politischer Kopf, der der rechtsliberalen DVP nahesteht. Der gebürtige Rheinländer war 1925/26 für sechzehn turbulente Monate Reichskanzler einer bürgerlichen Koalition, die von den Linksliberalen bis zu den Rechtsnationalisten reichte.

Prägender freilich ist eine andere Erfahrung: Während der Spätphase der Inflation 1923 war Luther Finanzminister und damit einer der Akteure, die die neue stabile Rentenmark schufen. Solidität und Sparwille waren Trumpf in jenen Monaten. Noch in einem Filmdokument von 1958 vertritt Luther die Auffassung, es sei ein Gesetz im Wirtschaftsleben, dass weder ein

Privatmann noch ein Staat mehr ausgeben könne als einnehmen. Das ist das Dogma der »schwäbischen Hausfrau«, entsprungen dem Inflationstrauma. Nun wird es in der Deflationsära angewandt. Hans Luther ist einer der bestgehassten Männer in Deutschland. Im April 1932 wird wegen seiner Geldpolitik ein Attentat auf ihn verübt; Luther übersteht es leicht verletzt.

Zweifelt der Kanzler nicht selbst bisweilen? Tatsächlich war er vorübergehend weich geworden, im Mai 1931. Man könne die Schrumpfung »nur bis zu einem gewissen Grade« treiben, hatte er im Kabinett gesagt.<sup>23</sup> Aber dann siegt doch sein westfälischer Eisenschädel. Durchhalten, sich durchbeißen. Es gehöre zu den »Eigenheiten« der Deutschen, »kurz vor der Erreichung des Ziels den Mut zu verlieren und zusammenzuklappen«, so serviert er im März 1932 Hans Schäffer ab, den zweifelnden Finanz-Staatssekretär. Freilich, ein wenig verstößt Brüning selbst gegen die von ihm verfolgte »reine Lehre«: mit der Gründung der *Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG* schafft die Regierung eine Organisation, die mit sogenannten *Öffa-Wechseln* öffentliche Aufträge per Kredit finanziert. Es ist eine Prise Keynes in der ansonsten orthodoxen Wirtschaftspolitik.

## Die Reparationen

Brünings Hartnäckigkeit hat noch einen anderen Grund, jenseits von Inflationstrauma, Schuldenangst, Sorge um Solidität; es ist sogar der Hauptgrund. Mit dem Sparkurs will er den eisigen Kriegsgegnern beweisen, dass Deutschland keine Reparationen aufbringen kann. Wir haben nichts, signalisiert er den Franzosen und mehr noch den Briten und Amerikanern, die schon länger bereit sind, Deutschland zu schonen. Es gibt einen hässlichen Verdacht: Brüning instrumentalisiert das Elend.

Denn der Kanzler träumt von einem Befreiungsschlag. Ge lange es, die Reparationen zu streichen, stünde Deutschland wieder selbstbewusst auf der internationalen Bühne. Dies würde zurückwirken auf die Deutschen, würde sie hinter Brüning vereinen. Dann auch – und erst dann – könnten Mittel zur Rettung der Wirtschaft aufgebracht werden. Es wäre ein grandioser Sieg, so hofft der Kanzler, alle Probleme wären wie durch Zauberhand gelöst. Daher hält er durch, dies macht ihn so sicher, dass sein Weg der einzige wahre ist. Not als Gebot.

Im kleinen Kreis wird offen über diesen Zusammenhang gesprochen, so etwa im Januar 1932 bei einem Treffen Brünings mit Staatssekretären und Botschaftern. Der Leiter der Reichskanzlei, Hermann Pünder, berichtet, die Besprechung habe die »allseits [...] klare Erkenntnis« erbracht, »daß die katastrophale Weltwirtschaftskrise reparationspolitisch für uns auch ihr Gutes habe«.<sup>24</sup>

Eine brutale Strategie, aber nicht ohne Logik. Brüning hat sogar Erfolge. Im Juni 1931 wurden auf Initiative des US-Präsidenten Herbert C. Hoover alle internationalen Zahlungsverpflichtungen zwischen Staaten für ein Jahr ausgesetzt. Im August warnte der britische Volkswirt Walter Layton, Herausgeber des *Economist*, in einem Bericht vor einem Bankrott des Reichs angesichts der erschweren Exportchancen und der Reparationszahlungen. Im Dezember lieferte der italienische Finanzexperte Alberto Beneduce ebenfalls einen Bericht ab, in dem von der Transferierung großer Summen von einem Land in ein anderes abgeraten wird – dies betrifft gerade auch die deutschen Reparationszahlungen.<sup>25</sup> Auf Basis dieser gesammelten Expertise ist eine große Konferenz für Januar 1932 in Lausanne angedacht. Eine Erleichterung bei den Reparationen liegt in greifbarer Nähe. Brüning will alles: die komplette Streichung der Reparationen.

Doch hierfür ist die Zeit noch nicht reif – zumal in Frankreich im Frühjahr Wahlen anstehen. Allzu nachgiebig darf sich die französische Regierung gegenüber dem alten Kriegsgegner nicht zeigen; die Öffentlichkeit verbietet es. Zudem wird auch in Deutschland gewählt, nämlich der Reichspräsident – und Brüning will im Vorfeld in Berlin anwesend sein. Und schließlich würde, so die Erwartung, die deutsche Misere in einigen Monaten noch schärfer hervortreten, die Zahlungsunfähigkeit noch blander belegt werden können. Dies würde, so die Hoffnung, die Reparationsforderungen hinwegfegen.

Brüning spielt also auf Zeit. Sein Staatssekretär Hermann Pünder schreibt: »Eine offizielle Streichung [der Reparationen, R.Z.] ist *jetzt* in Lausanne bestimmt nicht zu erreichen. Daher am besten Vertagung um vier Monate bis Juli [...]«<sup>26</sup> Tatsächlich gelingt es Brüning, die Konferenz um einige Monate, in den Juni, zu verschieben. Dem britischen Botschafter teilt er mit, dass Deutschland nicht in der Lage sei, jemals Reparationen zu bezahlen. Am Tag darauf, am 9. Januar, bestätigt Brüning dies in einem angeblichen Interview, das in Wahrheit die Staatssekretäre Hermann Pünder und Bernhard Wilhelm von Bülow entworfen haben.<sup>27</sup> Dies wirbelt in Frankreich einen Sturm der Entrüstung auf. Die »französische Erregung« sei »ungeheuer«, schreibt Pünder, und: das Interview sei den Franzosen »zu sehr in den Magen geschlagen«.<sup>28</sup> Da eine Einigung nicht absehbar ist, bleibt nur noch die Verschiebung – wie von Brüning gewünscht.

Für die Frau und den Mann auf der Straße in Deutschland ist die Verzögerung keine gute Nachricht. Denn Brünings Strategie zufolge gibt es bis zur Lösung der Reparationsfrage keine Abkehr vom Spardiktat. Noch ein halbes Jahr warten ... weiter Hunger und Not. Was Brüning nicht wissen kann: Bis dahin wird bereits sein Nachfolger im Kanzleramt sitzen.

## Brünings Machtsystem

Eine Koalitionsmehrheit im Reichstag hat der Kanzler nicht. Sein Machtsystem ist ein fein ziseliertes Gebilde, es ist empfindlich wie ein kompliziertes Kunstwerk aus Glas. Ein Windhauch kann es zum Einstürzen bringen. Im Parlament kann er auf seine Zentrumspartei bauen, die aber gerade mal 68 der 577 Sitze hat, dazu kommt die süddeutsche Schwester, die Bayerische Volkspartei mit 19 Sitzen. Gestützt wird Brüning ferner von einigen bürgerlichen Parteien von der linken Mitte bis zur moderaten Rechten: Deutsche Staatspartei, Wirtschaftspartei, Volkskonservative und weitere Klein- und Kleinstparteien – alles in allem hat Brünings Regierung nicht mal ein Viertel der Abgeordneten hinter sich.

Doch Brüning regiert mit »Notverordnungen«, und dafür braucht er nicht die Parlamentsmehrheit, sondern nur einen Mann: den Reichspräsidenten, das Staatsoberhaupt. Ein unscheinbarer Passus in der Weimarer Reichsverfassung erlaubt die Konstruktion. Dort, in Artikel 48, Absatz 2, heißt es: »Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten.« Dieser Gummi-Artikel verleiht dem Reichspräsidenten eine ungeheure Macht. Er befördert ihn zum temporären Halb-Diktator, kann er doch selbst definieren, ob und wann die »öffentliche Ordnung erheblich gestört« ist, und welche »Maßnahmen« zu ergreifen sind.

Das ist Brünings Joker. Er hat einen Pakt mit Hindenburg geschlossen, dem Reichspräsidenten. Paul Ludwig Hans Anton von Beneckendorff und von Hindenburg ist ein Mann von

84 Jahren. Als 23-jähriger Leutnant hat er am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles die Ausrufung des preußischen Königs Wilhelm zum Deutschen Kaiser erlebt. Das ist seine Welt: Uniformen, das alte Preußen, Monarchie. Im Weltkrieg war der Generalfeldmarschall das Gesicht der Armee, sein Untergebener Erich Ludendorff das Gehirn.

1925 war das kaum Denkbare geschehen: Die Deutschen wählten Hindenburg zum Präsidenten (sein wichtigster Gegenkandidat war Wilhelm Marx von der Zentrumspartei). Von rechten Kräften war der alte Feldmarschall gedrängt worden zu kandidieren, er bringt einen Hauch Monarchie in die Republik. Wie ein Fels aus grauer Urzeit ragt er in das moderne Deutschland herein. Filmdokumente zeigen, wie der Alte schweren Schritts die Ehrenkompanie abschreitet, den massigen Körper in die kaiserliche Uniform gezwängt, in der Rechten den Degen.

Hindenburg verkörpert die Sehnsüchte vieler Deutscher bis weit in die politische Mitte hinein. Selbst wer kein Monarchist ist, sieht ihn als »guten alten Papa«, der den Wunsch nach Autorität stillt, nach Einheit in der politischen Kakophonie. Vielen gilt er als ehrliche Haut. Der viereckige Schädel mit dem geraden Nacken und dem mächtigen Schnauzbart weckt Vertrauen, und die Stimme dröhnt wie die Beurer-Bassglocken der Potsdamer Garnisonkirche. Aber Hindenburg ist kein naiver Papa. Er macht Interessenpolitik, im Kleinen wie im Großen. Verrat ist ihm nicht fremd, er lässt die Kanzler fallen, wie es ihm beliebt.

Brüning schreibt die Notverordnungen nieder, Hindenburg unterzeichnet sie: Deutschland hat eine Präsidial- statt eine Parlamentsregierung. Es ist ein merkwürdiger Bund, den die beiden geschlossen haben. Der westfälische Katholik und der ostpreußische Protestant scheinen wenig Gemeinsames zu haben. Aber Brüning versteht es, Hindenburg zu »nehmen«. Er gibt sich national und konservativ.